

UNSERE ZEITUNG

ZEITSCHRIFT DER DKP GÖTTINGEN

1. Ausgabe/ März. 2023

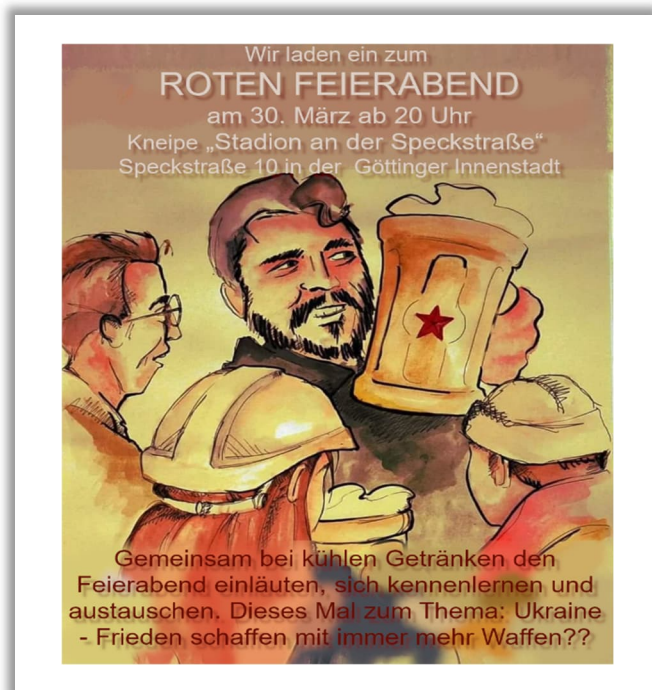
REIBACH FÜR DIE EINEN, NOT FÜR DIE ANDEREN!

Vor kurzem stand ich mit meinen Kindern beim Geismaraner Bäcker mit dem großen K und hatte die kleinen Laugenbrötchen versprochen. Inzwischen sind die kastanienähnlichen Gebäckbällchen doch ein Göttinger Klassiker und die Kinder stehen drauf. Drum kaufen wir regelmäßig eine ganze Tüte – meistens bekommen wir sogar welche auf die Faust geschenkt.

Doch dieses Mal nicht. Das Preisschild hat mir quasi eine Ohrfeige gegeben. In der letzten Woche waren es noch 3,50 Euro. Auch schon teuer. Vor allem, wenn man überlegt, dass früher ein ganzes Brötchen 35 Cent gekostet hat. Doch jetzt stand dort 4,20 Euro! Über Nacht wurde ein Fünftel aufgeschlagen.

Es ist einfach nur krass wie die Preise steigen. Ich hab immer wieder diese Momente, in denen ich bei Preisschildern stutze. Es wirkt für mich so surreal, für eine schnöde Packung Butterkäse 3,30 Euro zu bezahlen. Nun kann man viel diskutieren über die Gründe, ob nachvollziehbar oder nicht. Unter dem Strich bleibt bei mir aber die Sorge vor der Zukunft. Auch wir mussten über Corona einen Großteil unserer Reserven wegen der Kurzarbeit aufbrauchen oder hatten im vergangenen Jahr schon hohe Betriebskostenabrechnungen. Aber alles noch im Rahmen. Ich will gar nicht wissen, wie es ist zwangsweise in KSG Teilzeitverträgen knapp über der Armutsgrenze zu hängen. Oder für die Einschulung eines Kindes einen Kredit aufnehmen zu müssen, weil es einfach alles viel zu teuer ist.

Ich hab wirklich Schiss was noch passieren wird. Man ist so abgestumpft. Die Pipelines von Nordstream werden einfach so in der Ostsee in die Luft gesprengt. Fast ein halbes Jahr ist das nun her und dazu wird geschwiegen. Panzer um Panzer



werden in die Ukraine geschafft, die niemand mehr zurück fordern kann. Die Ukraine verschießt mehr Munition, als produziert werden kann. Der Konflikt in Osteuropa wird immer weiter verschärft und die Außenministerin erklärt Russland im Europarat den Krieg?

Auch wie die Politik unserer Bundesregierung Millionen in die Armut und Existenznot treibt, findet nur wenig Gehör. Es ist inzwischen schon so weit, dass die Tafel Göttingen keine neuen Kunden mehr aufnehmen kann. Und das liegt nicht an zu wenig Personal, sondern: Es gibt nicht mehr genügend alte Lebensmittel. Soweit ist es schon.

Mal sehen, was noch auf uns zukommen wird. Die 53 Cent pro kw/h werden wohl das geringste Problem und vom Anspannen habe ich mich verabschiedet. Immerhin wird endlich das Wasser in der Eiswiese wieder wärmer. (mk)

NICHT WEGWERFEN! Diese Zeitung ist für Dich!

Unsere Zeitung ist kein Werbeblatt, das besser in die Tonne wandert. Wir wollen nichts verkaufen, auch keine Daten abgreifen. Wir schreiben für Leute wie uns. Leute, die von ihrer Arbeit, von Stütze oder Rente leben müssen. Leute, die zur Miete wohnen. Leute, die mit ihrem Geld keine großen Sprünge machen können und trotzdem immer draufzahlen müssen. Leute, die sich von der Politik nichts mehr versprechen. Leute, die nicht alles glauben, was so erzählt wird und Leute, die die Schnauze voll haben.

ALTERSARMUT IN GÖTTINGEN

Kämpfen wir für die Würde im Alter!

Als die Debatten um die SPD-„Agenda 2010“ auch in Göttingen hohe Wellen schlugen, veröffentlichte die Universität Göttingen einen „kritischen Armuts- und Reichtumsbericht“. Darin gibt es einen eigenen Abschnitt zur Armut im Alter. Er kam zu dem ernüchternden Schluss: „Einkommensarmut im Alter ist wahrscheinlich am ungenauesten durch amtliche Daten zu erfassen. Die Quote ‚verdeckter‘ Armut wird hier überdurchschnittlich sein, weil die Mühen der Antragstellung wie auch tradierte Wertvorstellungen den Gang zum ‚Sozialamt‘ erschweren.“

Daran hat sich bis heute nichts geändert. Viele alte Menschen litten im vergangenen Winter besonders unter den explodierenden Energie- und Lebensmittelpreisen. Aber viele von ihnen froren und darbtten still vor sich hin. Die Scham verbot es ihnen nicht nur, öffentlich gegen ihre unverschuldete Armut im Alter zu protestieren. Vielfach schämen sich diese Menschen sogar, in ihrem Bekannten- und Verwandtenkreis offen darüber zu reden, wie schlecht es ihnen geht.

Das betrifft besonders diejenigen, die ihr Leben lang zu kargem Lohn gerackert und geackert haben. Kürzlich hat auf eine parlamentarische Anfrage hin die Bundesregierung die Zahlen auf den Tisch gelegt: Mehr als die Hälfte der Rentnerinnen und Rentner in unserem Land erhalten monatlich weniger als 1000 Euro aus der Rentenkasse. Niedersachsen rangiert in den entsprechenden Statistiken regelmäßig in einem Bereich, der unter dem Durchschnitt bei Gehältern und Renten liegt. Hier bei uns im Landkreis Göttingen werden also weit mehr als die Hälfte der Rentnerinnen und Rentner mit weniger als 1000 Euro über die Runden kommen müssen. Vor allem die Frauen sind von Niedrigrenten betroffen. Das Bundesarbeitsministerium musste kürzlich zugeben: Jede dritte Frau mit einer Vollzeitstelle kann nach vierzig (!) Arbeitsjahren nur eine Rente von unter 1000 Euro erwarten. Und welche Frau schafft das schon – vierzig Jahre Vollzeitstelle? Und was sind das für Stellen? Jeder, der an einer Supermarktkasse steht, weiß: dort arbeiten meist Frauen, die im Alter dafür bestraft werden, jahrelang die am schlechtesten bezahlten Jobs zu machen, die das Land am Laufen halten. Das gilt auch für die unzähligen Putzkolonnen an

der Universität, den Kliniken, den florierenden Großunternehmen von Sartorius bis zur Conti. Der durchschnittliche Zahlbeitrag für Rentnerinnen lag in Niedersachsen bei nur 734 Euro im Monat. Wie soll das für ein Alter in Würde reichen?

Es wird Zeit, dass „die Alten“ sich zur Wehr setzen gegen die Zumutung dieser Rentenpolitik. Sie täten das auch im Interesse der Jüngeren. Denn die vielen Rentenkürzungen und jetzt auch noch die Überlegungen zur Einführung einer sogenannten „Aktienrente“ werden die Altersversorgung für die jetzt Arbeitenden noch schlechter machen als für diejenigen, die heute Renten beziehen – und die Frauen werden wieder die am meisten Gelackmeierten sein. Dagegen sollten sich Alte und Junge gemeinsam zur Wehr setzen!

(ms)



Liesels Gänschen wundert sich:

Wenn die Inflation "uns alle" trifft, warum gibt es dann für Sartorius Rekordgewinne und für die Patient*innen in der UMG keine Butter mehr aufs Brot?
Gute Frage...

ORGANISIEREN GEGEN FORSCHUNG FÜR DEN KRIEG

Nicht erst seit dem 1. Weltkrieg ist auch die Wissenschaft in die Kriegsführung eingebunden. Ob chemische, biologische oder atomare Waffen, ob Codierung und Dechiffrierung, ob Radar, Laser, Satelliten oder Cyberkrieg: es sind nicht nur die Forschungsabteilungen der Rüstungskonzerne, die am Kriegsgewehr und seiner Verbesserung tüfteln, auch die Universitäten helfen mit ihrer Grundlagenforschung. Kaum eine Fakultät ist ausgenommen, überall lassen sich Forschungsergebnisse auch militärisch nutzen oder werden direkt für das Militär eingesetzt.

Göttingen hat allerdings eine antimilitaristische Tradition: Im Jahre 1957 wandten sich im Göttinger Appell 18 angesehene Atomforscher gegen die atomaren Rüstungspläne von Adenauer und Strauß. Und auch heute heißt es in der 2006 beschlossenen Zivilklausel im Leitbild der Uni:

„Die Universität bekennt sich zum Frieden und zur Gerechtigkeit in der Welt. Die Universität und die in ihr tätigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind bestrebt, durch Forschung und Lehre dem Frieden der Welt zu dienen.“

Damit könnte alles gut sein, ist es aber nicht. Das hat zwei Gründe. Der erste ist die hochspezialisierte und damit auch hochkomplexe Art der Forschung selbst. Sogar Kolleg*innen derselben Fakultät werden Schwierigkeiten haben, ihre Arbeiten und Ergebnisse ohne längere Einarbeitung in das jeweilige Feld des anderen nachzuvollziehen. Zu kontrollieren oder



auch nur zu wissen, wo es sich lohnt, nachzufragen, ob sich solche Ergebnisse auch militärisch nutzen lassen, ist also mehr als schwierig.

Der zweite Grund liegt in der Finanzierung und im kapitalistischen System: Der Staat hat sich aus vielen Bereichen zurückgezogen und überlässt so einiges privaten Geldgebern. In der Wissenschaft ist diese Büchse der Pandora längst geöffnet und heißt „Drittmittelforschung“. Diese fremdfinanzierte Forschung an der Universität ist das Einfallstor auch für die Rüstungsindustrie. Versuche, die Drittmittelforschung einzuschränken oder gar zu verbieten, sind mittlerweile allerdings chancenlos. Ohne eine grundlegende Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse wird die Forschung nicht mehr aus den Fängen des Kapitals entlassen werden.

Wo eine Kontrolle fast unmöglich und für Laien ohnehin ausgeschlossen ist, können sich aber Wissenschaftler*innen selbst für Frieden und demokratische Forschung engagieren. Die gesellschaftliche Bedeutung und die Konsequenzen der eigenen Forschungstätigkeit müssen thematisiert werden. Idealerweise organisieren sich Wissenschaftler*innen, z.B. in der „Interdisziplinären Arbeitsgruppe Naturwissenschaft, Technik und Sicherheit (IANUS)“, dem „Bund demokratische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdW)“ oder, wie der Autor, im „Forum Informatiker*innen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (Fiff)“.

(tl)

JUGEND IN DER KRISE

Jugendkolumne der SDAJ Göttingen

Seit der Neugründung der Sozialistischen Deutschen Arbeiter*innen Jugend in Göttingen hat sich viel getan. Im besonderen Fokus unserer politischen Arbeit stand dabei die Schwerpunktarbeit an einer Göttinger Gesamtschule.

An zahllosen Schulen Deutschlands sind die Umstände so schlecht wie nie zuvor. Kaum bezahlbare Mensapreise, marode Schulgebäude und extremer Lehrer*innenmangel bestimmen die Lebensrealität der Jugendlichen. So ähnlich auch an einer der größten Gesamtschulen Göttingens. Hier ist die Lage noch extremer: Die nochmals erhöhten Mensapreise sind verpflichtend und vier mal die Woche zu bezahlen, was zu ungeheuren Kosten für alle Schüler*innen führt – auch für die, die sich das teure und qualitativ oft minderwertige Essen eigentlich nicht leisten können.

Der Protest der Schüler*innen wächst langsam an. In einer Umfrage haben wir ermittelt, dass die meisten Schüler*innen sich der Auswirkungen der Krise bewusst sind und sie durch die Mensapreise direkt zu spüren bekommen. Die meisten von ihnen sind bereit, etwas gegen die Ungerechtigkeit zu

unternehmen. Und da kommen wir als SDAJ und unsere Schwerpunktarbeit ins Spiel.

Die Arbeit an und zu einem lokalen Schwerpunkt ist eine typische Arbeitsweise der SDAJ. Dabei geht es darum, besondere Beziehungen zu einer bestimmten Schule oder einem bestimmten Betrieb aufzubauen, dem Schwerpunkt. Ziel dieser Arbeit ist es, sich am Schwerpunkt bekannt zu machen, die Probleme dort kennenzulernen, sich zu verankern, neue Mitglieder anzuwerben und eine Grundlage zu schaffen, auf der einerseits Kämpfe mit den Schüler*innen oder Arbeiter*innen zu Problemen am Schwerpunkt selbst und andererseits auch „größere“ Kämpfe ausgetragen werden können.

In unserer Arbeit an der Gesamtschule in Göttingen geht es uns gegenwärtig darum, die Schüler*innen im aufkeimenden Kampf gegen die Preissteigerungen und unbezahlbaren Mensapreise zu unterstützen. Wir wollen eine stabile Beziehung zu der Schülerschaft aufbauen und im gegenseitigen Austausch Aktionen planen, durchführen und gemeinsam Erfolge erzielen. Mit unseren ersten erfolgreichen Besuchen der Schule im Januar, bei denen wir auf große Akzeptanz gestoßen sind, haben wir den ersten Schritt auf diesem langen Weg getan.

Wenn du dich bei der SDAJ engagieren möchtest, oder Fragen an uns hast, melde dich gerne per Mail oder Instagram @sdaj_goettingen

GRONE: ZUHAUSE ZÄHLT NUR DER PROFIT?

Wenn ich wissen will, was gerade so in Grone los ist, rufe ich Hendrik an. Hendrik kennt in Grone nämlich Gott und die Welt. Und er weiß, wie sein Stadtteil tickt. Immerhin engagiert er sich seit mittlerweile 35 Jahren für die Leute vor Ort. Sei es bei den Grobianen, d.h. der Groner Bürgerinitiative Antifaschismus, der Mieterinitiative IN Grone oder als Mitglied des Groner Ortsbeirates für die Göttinger Linke. „Das erzählst du falsch“, sagt Hendrik, „ich engagiere mich nicht für die Leute, sondern mit den Leuten! Ich bin nämlich einer von den Leuten hier!“ „Hast recht.“, sage ich. Als ich ihn frage, ob er die Plakate der LEG schon gesehen hat, auf denen der Wohnungskonzern seinen Werbespruch „Zuhause zählt nur du“ präsentiert, muss er erst lachen und tippt sich dann an die Stirn. „Die ham doch nen Vogel.“ Über den Spruch können die Mieter der LEG in Grone schließlich auch nur den Kopf schütteln. Erst kürzlich wurde bekannt, dass der Konzern die Sanierungen und die damit verbundenen Dauerbaustellen, unter denen die Mieter der betroffenen Häuser jetzt schon seit 2021 zu leiden haben, nicht mehr zu Ende bringen wird. Ein Grund zum Aufatmen, klar.

„Aber um die Mieter geht's denen dabei mal gerade gar nicht“, stellt Hendrik fest. Stimmt, Grund für den Sanierungsstopp sind die gestiegenen Baukosten. „Unwirtschaftlich“ sagt die LEG und meint damit: nicht profitabel. Immerhin müssen die Mieter so die Kosten für diese Sanierungen auch nicht über Mieterhöhungen bezahlen. Allerdings wird es auch nicht zum Neubau von 177 Wohnungen kommen, zu dem sich die LEG in einem städtebaulichen Vertrag verpflichtet hatte. „Für die Stadtentwicklung fehlen aber Wohnungen“, sagt Hendrik. Und auch die von LEG versprochene neue Kita für den Stadtteil wird jetzt noch mindestens bis Sommer 2025 auf sich warten lassen.

„Und glaubst du, die würden die Leute jetzt erstmal in Ruhe lassen? Von wegen!“, Hendrik wird sauer. „Auf einer der letzten Mieterversammlungen gab es welche, die haben schon wieder von neuen Mieterhöhungen erzählt. Ich hab ein Schreiben gesehen, die holen sich jetzt noch genau die 15% mehr, die sie alle drei Jahre draufschlagen dürfen. Für die Aktionäre.“ Für die LEG zählt am Zuhause ihrer Mieter eben nur der Profit.

„Aber denk mal nicht, dass die Groner sich das alles einfach gefallen lassen“, schmunzelt Hendrik. „Von der Sache mit dem Müll haste gehört, oder?“ Klar hab ich. Damit haben es die Mieter aus dem Elmweg ja sogar bis ins Tageblatt geschafft. Den ganzen Müll, den die LEG seit Monaten nicht mehr von den Grundstücken geräumt hatte, haben die einfach eingesammelt und dem Konzern schön in Säcke gepackt vors Büro gestellt. Mit dem Hinweis, dass jetzt logischerweise die Betriebskosten sinken müssen, da die Grundstückspflege selbst übernommen wurde.

„Die Bärbel, die hat jetzt was richtig Großes geschafft, die hat nen Sieg rausgeholt gegen die LEG vor Gericht! An deren Haus wurden neue Balkone angebaut. Da sollte deswegen natürlich gleich wieder die Miete steigen. Die Wohnungen haben aber schon nen Außenbereich, so ne Loggia. Der Balkon bringt also keinen Mehrwert, draußen sitzen konntest du ja schon



Sie schämen sich für nichts - LEG Werbespruch auf Göttinger Stadtbussen

vorher. Also dürfen ja wohl die Kosten für die Balkone nicht den Mietern aufs Auge gedrückt werden, hat die Bärbel gesagt.“ Die Mieterin ist daher vor Gericht gegangen und hat dort Recht bekommen. „Tja, gibt eben auch mal gute Nachrichten.“ sagt Hendrik, „immer dann, wenn man sich wehrt!“ „Hast recht!“, sage ich.

(sl)

ZOMBIES AL FUNGHI DER KULTURTEIL

Vom Jäger-Schnitzel über Backhefe bis Penicillin spielen Pilze für die Menschheit eine nicht zu unterschätzende Rolle. Für Grusel sorgen sie dabei meist nur in Form von Schimmel, etwa in wegen unbezahlbarer Heizkosten zu kalten Wohnungen. In der nach einem Videospiel entstandenen Serie „The Last Of Us“ hingegen ist ein Pilz nicht nur verantwortlich für jede Menge Schockmomente, sondern gleich für den Zusammenbruch der Zivilisation. Denn er verbreitet sich wie eine Pandemie und macht Menschen zu Zombies, die nur darauf aus sind, ihren Pilzbefall an andere weiterzugeben. Das ist medizinisch eine nette Abwechslung zu anderen Zombievarianten die man so kennt. Aber wie bei allen Zombiefilmen geht es auch bei „The Last Of Us“ weniger um die Zombies als um die Gesunden und ihre Versuche, ihr Leben in der Postapokalypse zu organisieren. Dabei hebt sich die Serie in manchen Momenten von anderen Beiträgen zum Genre ab. Denn statt einem am ausgedachten Endzeitzustand nur die alte liberale Leier vom Mensch als des Menschen Wolf zu erzählen, gibt es bei „The Last Of Us“ auch Akte des Zusammenhalts, der Solidarität und der Liebe.